

Zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr

Erklärungen der Vorsitzenden von SPD, CDU, CSU und F.D.P.

Auf die Unmenschlichkeit der Apartheid und ihre Gefahren weltweit aufmerksam machen sowie zur Stärkung der internationalen Bemühungen um die Beseitigung dieses Systems der Rassendiskriminierung beitragen soll das von der 32. Generalversammlung der Weltorganisation am 14. Dezember 1977 proklamierte Internationale Anti-Apartheid-Jahr. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Als Beginn wurde der 21. März 1978 festgesetzt: der Internationale Tag gegen Rassendiskriminierung, Jahrestag der Ereignisse von 1960 in Sharpeville, Südafrika, bei denen 69 afrikanische Demonstranten getötet wurden. — Auf Wunsch der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen nahmen die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wie folgt Stellung. Herausgeber und Redaktion betonen, daß mit der Wiedergabe dieser Stellungnahmen keinerlei Identifikation verbunden ist.

Stellungnahme des Vorsitzenden der SPD

Die SPD begrüßt die erneute Initiative der Vereinten Nationen zur Ächtung der Apartheid, die in dem am 21. März 1978 beginnenden Jahr der Anti-Apartheid Ausdruck findet. Die SPD hat eine lange Tradition im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Aus dieser Tradition erwächst auch ihre Haltung zur Rassenpolitik im südlichen Afrika:

- > Wir treten aktiv ein für das Streben nach einem friedlichen Übergang zur Verantwortung der Mehrheit im südlichen Afrika;
- > Wir befürworten die verstärkte Weiterführung nicht-militärischer Hilfe der Bundesregierung für die Befreiungsbewegungen, die ihre Völker zur Unabhängigkeit führen wollen;
- > Wir halten es für unrealistisch, eine Regelung für Zimbabwe ohne Einbeziehung der Patriotischen Front finden zu wollen, und wir erwarten den zügigen Abschluß der Verhandlungen über Namibia;
- > Wir ermahnen die in der Republik Südafrika tätigen deutschen Unternehmen, alles zu unterlassen, was der Stützung der Apartheid dient, und fordern sie zur Einhaltung des Verhaltenskodex auf, der von der Europäischen Gemeinschaft erlassen worden ist;
- > Wir begrüßen das auf Südafrika bezogene Waffenembargo und halten es für richtig, daß die Hermes Kredite für Exporte begrenzt werden;
- > Wir gehen davon aus, daß unsere Beziehungen zur Republik Südafrika so gestaltet werden, daß sie dem Verschwinden der Apartheid nicht im Wege stehen.

Die derzeit Verantwortlichen in der Republik Südafrika scheinen noch immer nicht geneigt zu sein, den berechtigten Forderungen der Bevölkerungsmehrheit Rechnung zu tragen. Dies ist kurzfristig, denn niemand sollte die Gefahr gewalttätiger Eruptionen unterschätzen, die die Chance einer neuen Partnerschaft zunichte machen könnte.

Den weißen Minderheiten im südlichen Afrika gilt die Mahnung: Sie sollten sich bewußt sein, daß sie den Schlüssel zum friedlichen Wandel in der Hand haben, eines Wandels, der auch ihren Interessen dient. Die Bundesregierung wird ihrer Fürsorgepflicht für die Deutschen und Deutschstämmigen im südlichen Afrika, nicht zuletzt in Namibia, am besten in der Zusammenarbeit mit einem friedlichen und freiheitlichen Land nachkommen können.

Willy Brandt

Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU

Die Menschenrechte als Voraussetzung für die Sicherung des Friedens in Freiheit, für den Verzicht auf Gewalt, für mehr internationale Zusammenarbeit und für eine Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes sind nur dann gewährleistet, wenn alle Menschen ungeachtet ihrer rassischen, völkischen und religiösen Überzeugungen gleichermaßen geachtet und bewertet werden.

Da sich die Christlich-Demokratische Union für die Durchsetzung der Menschenrechte vorbehaltlos einsetzt, spricht sie sich gleichermaßen gegen jede Form rassistischer Diskriminierung aus.

Sie tut dies auf der Grundlage der Menschenrechtserklärung und der Menschenrechts-Pakte der Vereinten Nationen ebenso wie im Rahmen der im Grundgesetz niedergelegten Rechte und Freiheiten eines jeden einzelnen.

Alle Menschen haben ein gleiches Anrecht auf Schutz vor staatlicher Willkür, auf soziale Gerechtigkeit und Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß.

So sehr sich die Christlich-Demokratische Union für die Verwirklichung solcher verfassungsmäßig gesicherter Rechte einsetzt, so entschieden wendet sie sich gegen eine Politik, die die Verwirklichung der Menschenrechte nur in bestimmten Ländern fordert, aber gegenüber der Verletzung der Menschenrechte in anderen Ländern schweigt. Menschenrechte sind unteilbar, und ihre Verwirklichung kann nicht vor bestimmten Grenzen haltmachen.

Soll die uneingeschränkte Inanspruchnahme der Menschenrechte der Sicherung des Friedens in Freiheit dienen, so wird es in vielen Ländern der Völkergemeinschaft vorrangig darauf ankommen, neue Freiheiten hinzuzugewinnen, um ein friedliches und sicheres Zusammenleben der Menschen verschiedener Rasse und Hautfarben zu gewährleisten.

Die Beseitigung ungerechtfertigter rassistischer, religiöser, politischer und sozialer Schranken soll unter Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt geschehen. Das Prinzip des Gewaltverzichts verträgt keine wahlweise Anwendung. Die Entwicklung in einigen Staaten der Welt zeigt, daß es durchaus möglich ist, in einem friedlichen, wenn auch hartem Kampf tragfähige Kompromisse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu finden.

Es ist unsere Aufgabe, durch eine besonnene und jede Einseitigkeit vermeidende Politik solche Prozesse zu fördern und alles zu unterlassen, was die bestehenden Konflikte zwischen den unterschiedlichen Gruppen verschärft.

Nur durch eine fortgesetzte und in ihren Möglichkeiten aususchöpfende internationale Zusammenarbeit kann eine Politik der Zusammenarbeit und der Überwindung rassistischer Diskriminierungen gefördert werden.

Diese Politik der friedlichen Entwicklung muß auch das Recht aller Völker anerkennen, über ihr politisches Schicksal selbst entscheiden zu können. Das deutsche Volk nimmt dies in gleicher Weise für sich in Anspruch wie die Völker in aller Welt, die nach Selbstbestimmungsrecht und Einheit verlangen. Wenn alle Völker und Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit erhalten, ihren Willen auf einer demokratischen Grundlage in eine Erörterung des friedlichen und menschenwürdigen Zusammenlebens einzubringen, dann wird sich daraus die Chance entwickeln, daß in ein und demselben Raum lebende Rassen, Völker und Stämme ihr friedliches Nebeneinander und Miteinander zu regeln vermögen.

Mit dem Einsatz für diese Überzeugungen, die auch den deutschen Interessen uneingeschränkt entsprechen, verbindet die Christlich-Demokratische Union die Bereitschaft zum politischen Kampf gegen alle Kräfte, die direkt oder mittelbar Gewalt und Terror in anderen Staaten unterstützen, weil ihnen ideologische Konzepte näherstehen als die Durchsetzung der Menschenrechte für alle.

Die CDU wird unbeirrbar den Weg der friedlichen Entwicklung gehen und weiterhin für die Durchsetzung aller Rechte des Menschen in Ost und West kämpfen.

Dr. Helmut Kohl

Stellungnahme des Vorsitzenden der CSU

Die geschichtlichen Voraussetzungen sind zu vielfältig und die politischen Entwicklungen und Schlußfolgerungen zu schwierig, als daß man sich bei der Beurteilung von Gegenwart und Zukunft Afrikas von vordergründigen Parolen oder durch falsche Gesprächspartner irreführen lassen sollte. Man wird nicht zum Afrika-Experten, wenn man kritiklos vorgefertigte Meinungen übernimmt, verhetzende Schlagworte als Grundlage für die eigene Meinungsbildung verwendet oder westlich-demokratische Maßstäbe unterschiedslos auf afrikanische Verhältnisse übertragen will. Man muß die Lage des Landes kennen, seine Geschichte, seine bevölkerungsmäßige Zusammensetzung, man muß um die verschiedenen Strömungen wissen, und darum, wohin diese führen. Gerade bei der Bewertung der afrikanischen Probleme ist ein nüchterner und wacher Sinn unentbehrlich; mit romantischen Schwärmereien kommt man nicht weiter.

Ohne jeden Zweifel fehlt es weltweit an diesen sachlichen Maßstäben bei der Beurteilung Afrikas, seiner Gefahren und Chancen; es fehlt daran in der westlichen Welt ebenso wie im Rahmen der Vereinten Nationen und besonders in den USA. Allein die Tatsache, daß die UN das Jahr 1978 zum ›Anti-Apartheidjahr‹ erklärt, zeugt von einer bewußten Verengung des afrikanischen Blickwinkels, von einer fatalen Einseitigkeit und von einer gefährlichen Blindheit gegenüber den zahlreichen Bedrohungen, denen Afrika ausgesetzt ist. Es gehört in den allmählich unerträglichen Bereich moralischer Doppelgleisigkeit und politischer Heuchelei, über die in der Republik Südafrika praktizierte Apartheid ein lautstarkes Klagegeschrei anzustimmen, um daneben bewußt und wissentlich zu übersehen, daß es in den meisten anderen afrikanischen Staaten um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unvergleichbar schlechter bestellt ist und dort die Lebensverhältnisse der schwarzen Bevölkerung ungleich niedriger sind.

Selbstverständlich ist es überfällig, in Südafrika jene Verhältnisse abzubauen, die als ›kleine Apartheid‹ — die getrennte Benutzung öffentlicher Einrichtungen wie Post, Bahn, Busse, Restaurants und Hotels — abzuschaffen. Dies ist aber ein anderes Thema als das einer friedlichen Entwicklung in einem friedlichen Nebeneinander von Schwarz und Weiß. Der Zwang zur Egalisierung nämlich kann genauso frustrierend wirken wie der Zwang zur Differenzierung, wie es Prof. Heinz-Dietrich Ortlieb, ein gründlicher Kenner der afrikanischen Verhältnisse und politisch nicht in meinem, sondern im Lager der SPD angesiedelt, formuliert hat. Ortlieb, der in kühler wissenschaftlicher Distanz in einer getrennten Entwicklung mit dem gemeinsamen Ziel eines friedlichen Miteinanders die Chancen des südlichen Afrikas am besten gesichert sieht, bezweifelt mit gutem Grund, »ob in absehbarer Zeit die westlichen Muster einer demokratischen politischen Ordnung dem Wunsch und Willen sowie den Eigenarten der Mentalität dieser Völker entsprechen und ob nicht eine Anknüpfung an traditionale Ordnungselemente des eigenen Stammeslebens unvermeidlich wird, wenn schwarzafrikanische Völker eine moderne, arbeitsteilige Wirtschaftsgesellschaft in Verbindung mit einer demokratischen Selbstregierung verwirklichen und Möglichkeiten für eine Entwicklung eigenständiger Kultur- und Gesellschaftsformen behalten wollen.«

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir Europäer zweieinhalb Jahrtausende zur Entwicklung moderner Zivilisation und Technik und politischer Lebensformen gebraucht haben. Von den Schwarzen Afrikas verlangt man, daß sie in wenigen Jahren oder Jahrzehnten, sozusagen über Nacht, über Jahrhunderte oder Jahrtausende hinwegspringen sollen. Politische Agitatoren, die dies den Völkern Afrikas, vor allem seinen Politikern einreden wollen, sind in Wirklichkeit deren gefährlichste Feinde. Sie betreiben eine Entwicklung, an deren Ende der Erdteil Afrika in Krieg und Chaos versinken müßte. Mit einer verhetzenden Stimmungsmache sind die Probleme Afrikas nicht zu lösen. Das Schlagwort des Anti-Rassismus, mit dem gegen die Weißen im Süden Afrikas geradezu eine Kriegsstimmung angeheizt werden soll, ist zu einem — in aller Regel kommunistisch angestimmten — Kampf-

ruf geworden, hinter dem sich häufig nur ein neuer, anti-weißer Rassismus verbirgt.

Friedliche und zukunftsfrüchtige Lösungen für Afrika sind nur möglich, wenn die Politiker der freien Welt den weißen Afrikanern auch für den Fall notwendiger und unvermeidbarer Veränderungen Garantien für ein Leben in Freiheit und Sicherheit geben können. Dazu gehört, daß man den schwarzen Führern in Afrika, die — wie jetzt die drei Politiker, die, mit einer Mehrheit von rund vier Fünftel der Bevölkerung hinter sich, einen Weg für die Zukunft Rhodesiens mit den Weißen zusammen gefunden haben — für Frieden und Zusammenarbeit stehen, von Europa und Amerika aus jede nur mögliche Unterstützung gewährt. Nicht der spricht für das Wohl Afrikas und der Afrikaner, der Haß und Tod predigt, der in einem als ›Befreiungskampf‹ getarnten Terror diesen Tod vor allem seinen schwarzen afrikanischen Landsleuten bringt. Sich auch im Westen von solchem Verhalten einschüchtern und die eigene Politik davon bestimmen zu lassen — und die Gefahr dafür ist weltweit unübersehbar — hieße, jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung Afrikas aufzugeben.

Franz Josef Strauß

Stellungnahme des Vorsitzenden der F.D.P.

Das ›Internationale Jahr gegen die Apartheid‹ — beschlossen von der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen — beginnt am 21. März 1978, dem Gedenktag der tragischen Ereignisse von Sharpeville vor achtzehn Jahren. Am 21. März 1960 schoß südafrikanische Polizei in der kleinen Stadt Sharpeville auf einen friedlichen Demonstrationzug schwarzer Bürger und tötete 69 Menschen. Über 200 Personen wurden verletzt. Seither wird der 21. März durch die Vereinten Nationen als ›Internationaler Tag gegen Rassendiskriminierung‹ begangen, um die Erinnerung daran wachzuhalten, daß auf dieser Welt immer noch Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Rasse unterdrückt und entrechtet sind.

Das ›Internationale Jahr gegen die Apartheid‹ soll auf das Fortbestehen des Apartheidsystems hinweisen und weltweit zur Beseitigung aufrufen.

Meine Partei verurteilt die Politik der unterschiedlichen Behandlung von Menschen aus Gründen der Rasse und Farbe. In meiner Rede vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. September 1977 habe ich die Republik Südafrika mit allem Nachdruck aufgefordert, die Politik der Apartheid aufzugeben. Ich habe die dringliche Mahnung ausgesprochen, daß die Zeit, in der eine friedliche Reform durch einen konstruktiven Dialog der Rassen noch möglich ist, abläuft. Ich habe daher davor gewarnt, daß weiteres Zögern in einen Rassenkrieg hineinführen und das ganze südliche Afrika in ein Chaos ziehen könne.

Um so nachdrücklicher fordern wir eine rasche, friedliche Lösung der Probleme Südafrikas im Geist der Charta der Vereinten Nationen. Dies ist möglich, wenn der Grundsatz der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Menschen und Bevölkerungsgruppen anerkannt wird. Deutlich sichtbare Fortschritte sind erforderlich: Um die Republik Südafrika zur Aufgabe der Apartheidpolitik zu bewegen, nutzen wir an erster Stelle die Vereinten Nationen. Wir sind dabei bemüht, zielstrebig mit den afrikanischen Kräften zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen es, daß seit geraumer Zeit Zeichen eines neuen Geistes in gemeinsamen Anstrengungen deutlich werden. Daneben setzen wir auch alle anderen Möglichkeiten und Verbindungen, bilateraler Art und im Kreise unserer westlichen Freunde, ein, die einem friedlichen Wandel in Südafrika dienen.

Alle politischen Kräfte sind sich der Größe und Dringlichkeit der vor uns liegenden Aufgabe bewußt. In unserer Bevölkerung besteht ein Konsens darüber, daß Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, freie Entfaltung der Persönlichkeit, politische Freiheit für alle gelten müssen.

Hierfür werden wir wie bisher weiter mit Nachdruck eintreten.

Hans-Dietrich Genscher